

der Gewerkschaft ausgeschlossen. Hat er ihn bezahlt, ist er für das Management des Friedrich Jahn enttarnt, das für mißliebige Personen besondere Vertragsvorschriften bereithält: „Der Arbeitnehmer ist innerhalb der Filial- und Nebenbetriebe des Arbeitgebers versetzbar.“ Die Nichtbeachtung von Versetzungsaufforderungen berechtigt den Arbeitgeber zur Kündigung.

Ein klärendes Gespräch, um das NGG-Vize Günter Döding bat, lehnte Jahn ab. Das Geschäft lasse ihm keine Zeit dafür. Konrad Adenauer hatte dem Kommerzialrat schon vor vielen Jahren bescheinigt: „Da sieht man, was man in der Bundesrepublik alles erreichen kann.“

AKTIEN

Schlechte Fälle

Die Wagner Computer AG in Berlin will an die Börse. Doch die Banken zieren sich, die Elektronik-Aktien in den exklusiven Kreis börsennotierter Spekulationspapiere aufzunehmen.

Günter Merle, Finanzchef der Wagner Computer AG in Berlin, erwünscht den falschen Zeitpunkt: „Wenn wir vor zwei bis drei Jahren gekommen wären, hätten wir das längst über die Bühne gebracht.“

Doch der Bühnenvorhang hob sich nicht: Den Wagner-Aktien blieb bisher der Weg an die Börse versperrt. Merle kreidet dies den inzwischen vorsichtig gewordenen Banken an. Deutsche Geldinstitute, so klagt er, hätten im Gegensatz zu vielen ausländischen Banken den Schlüssel zum Börsensaal in festverschlossener Hand, wenn junge



Computer-Bauer Wagner
„Bei uns dauert das etwas länger“

Wo finden Sie heute noch 20 Bewerber für jeden freien Arbeitsplatz?

In Nord-Irland.

Arbeitswille und die Fähigkeit, hart, gewinnbringend und ohne Streiks zu arbeiten, sind wahrscheinlich in diesem Teil des Vereinigten Königreichs mindestens so ausgeprägt wie in der Bundesrepublik. Deutsche Unternehmer, die in der erweiterten EWG expandieren wollen, sollten diese Tatsache ins Auge fassen. Sie gibt Aufschluß darüber, weshalb trotz politischer Probleme in Nord-Irland die Produktionsleistung und die Produktivität ständig steigen und das Arbeitgeber/Arbeitnehmer-Verhältnis unbelastet ist. Sie gibt auch darüber Aufschluß, weshalb internationale Unternehmen in Nord-Irland, einem Randgebiet Europas, nach wie vor Gewinne erwirtschaften.

Arbeitslosigkeit ist immer ein schweres Problem. In Nord-Irland hat es bedauerliche soziale Auswirkungen. Deshalb tut der nord-irische Arbeiter alles, um seinen Arbeitsplatz zu behalten – arbeiten Protestanten und Katholiken friedlich zusammen. Und deshalb investiert das Handelsministerium von Nord-Irland viel Geld und Mühe in ein technisches Ausbildungsprogramm, das zu den ausgereiftesten in Europa zählt. Ein Programm, das dort einem deutschen Unternehmer bessere Produktionsbedingungen sichert.

Aber Nord-Irland bietet mehr als Ausbildungsmöglichkeiten und -beihilfen. Großzügige finanzielle Unterstützungen werden gewährt, zu einem Zeitpunkt,

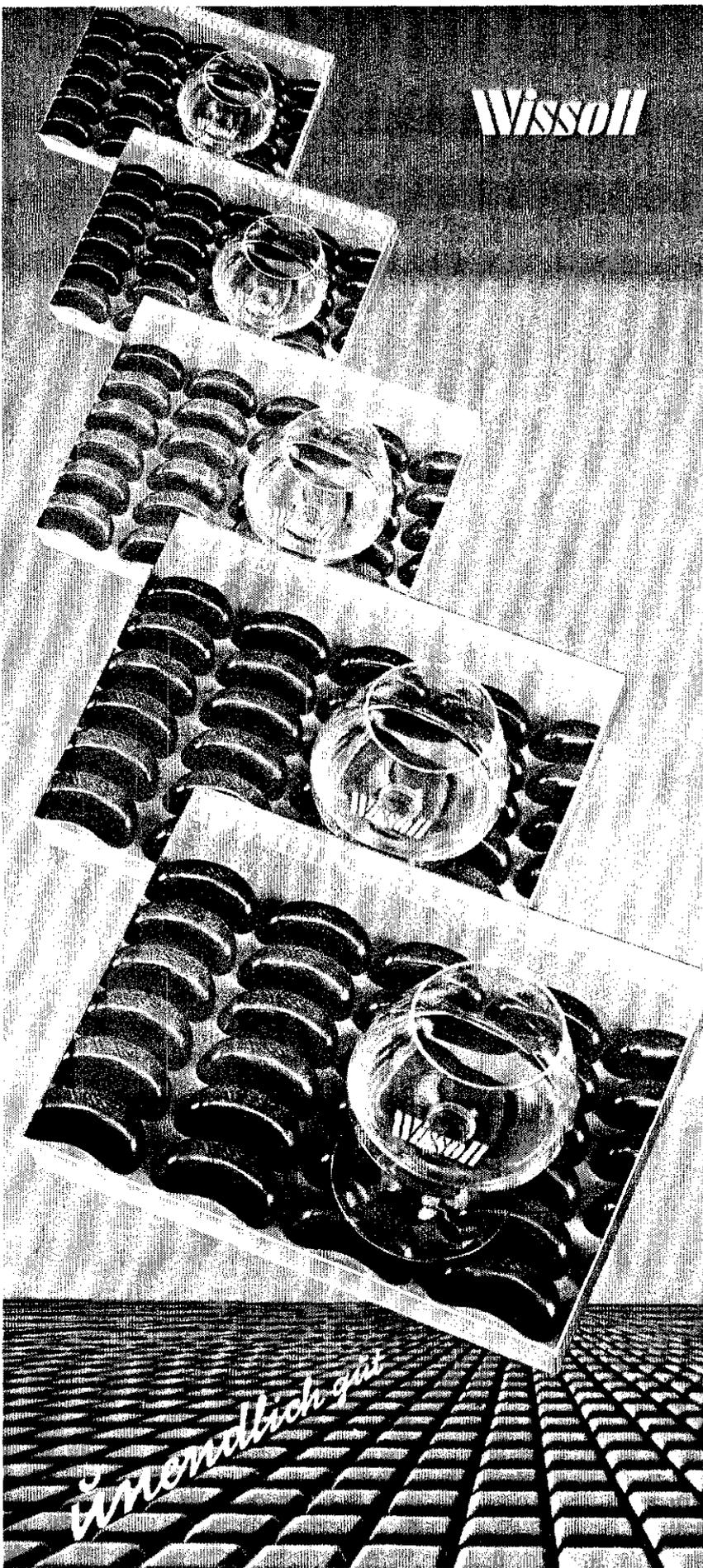
an dem sie am dringendsten gebraucht werden: Im Anfangsstadium, bevor die Rentabilitätsschwelle erreicht wird . . . in klingender Münze.

Ist diese Schwelle überschritten und können die neuen Sätze für Zuschüsse und die neuesten Steuererleichterungen ausgenutzt werden, dann bedeuten die Förderungsmaßnahmen des Ministeriums bis zu 61% der Kosten für Neubauten und bis zu 71% für Maschinen. Weiter werden beachtliche verlorene Zuschüsse und/oder Darlehen für das Betriebskapital als zusätzliche Vorteile gewährt. Sichere Kapitalanlagen, hinter denen das Schatzamt in Westminster steht. Und die Leistungsfähigkeit nord-irischer Arbeitskräfte.

Nahezu 300 internationale Unternehmer haben in Nord-Irland investiert. Allein der Anteil der deutschen Hersteller beträgt bereits eine Milliarde DM. Wenn auch Sie die nord-irische Chance prüfen wollen, wenden Sie sich an den Repräsentanten des Handelsministeriums für Industrieansiedlungen in Nord-Irland, Herrn Dr. jur. R. E. Janke, 5800 Hagen-Halden, Dümpelstr. 2, Tel. 02331/51078.

**Eine Fabrik in Nord-Irland:
In die Zukunft bauen,
schon jetzt profitieren.**

**Ministry of Commerce,
Belfast**



Wachstums-Unternehmen bei Anlegern Kapital suchten. Der Wagner-Manager weiß allerdings auch warum: „Es hat da schlechte Fälle gegeben.“

Solche Einsicht bietet indes dem Bilanz-Mann wenig Trost, denn das Berliner Computer-Unternehmen braucht dringend Kapital. Firmengründer Günter A. Wagner, 38, hat in den vergangenen Jahren produktionsreife Klein- und Mittelcomputer entwickelt. Mit diesen Denkschränken zu Preisen zwischen 50 000 und einer Million Mark will er nun in den von Nixdorf, Kienzle, Philips und Anker beherrschten Markt der „mittleren Datentechnik“ eindringen. Doch vor der Markt-Attacke muß der junge Unternehmer die Computer-Herstellung erst noch aufbauen.

Um zu Produktiv-Kapital zu kommen, versuchte Wagner durch eine Hintertür auf das Börsenparkett zu gelangen. Da der Weg bis zur Aktienmarkt-Zulassung lang und umständlich ist — unter anderem muß eine erfolgreiche fünfjährige Tätigkeit nachgewiesen werden —, kaufte der Elektroniker kurzerhand die Aktien der börsennotierten, aber toten „Kamerun Eisenbahn-Gesellschaft“ auf.

Das „exotische Papier aus Kaiser Wilhelms imperialen Zeiten“ („Zeitschrift für Datenverarbeitung“), das bis Ende des Ersten Weltkriegs die Beteiligung an einer 155 Kilometer langen Stichbahn von der Küste ins Landesinnere Deutsch-Kameruns verbriefte, hatte jahrelang an den Börsen in Berlin und Hamburg mit Kursen zwischen 3 und 8 Prozent für die 50-Mark-Aktie ein Schattendasein geführt — bis Wagner kam.

Der kapitalsuchende Techniker („Ich habe den Kurszettel studiert“) bot im Herbst 1971 den Kolonial-Aktionären sechs Mark pro Kamerun-Anteil und ergatterte damit — zum großen Teil von Banken — für nur etwa 50 000 Mark 30 Prozent des Aktien-Kapitals von damals 900 000 Mark. „Weitere zehn Prozent habe ich an der Börse zugekauft“, erinnert sich Wagner. Seine Nachfrage trieb den Kurs bis Ende 1971 auf 57 Mark.

Eine Kamerun-Hauptversammlung im März 1972 stockte das Kapital um 1,1 Millionen auf zwei Millionen Mark auf. Als Wagner, der die neuen Aktien übernahm, dabei seinen Plan verkündete, das Eisenbahn-Papier mit Datenverarbeitung zu beleben, wurden die Spekulanten erst richtig munter. Der Kurs stieg bis Ende Juni des gleichen Jahres auf 90 Mark. Anfang August 1972, eine Woche vor der bisher letzten Hauptversammlung, in der die Kolonial-Gesellschaft zur „Wagner Computer AG“ vormalis Kamerun-Eisenbahn-Gesellschaft“ umgetauft wurde, stand die Stichbahn-Aktie auf 145 Mark.

Den Banken war der steile Kursanstieg nicht mehr geheuer, und die Börsenvorstände setzten die Kursnotierung

gen aus: Die als Konsortial-Institut für die Eisenbahn-Gesellschaft eingesetzte Berliner Handels-Gesellschaft-Frankfurter Bank hatte ihre Funktion als Zahlungs- und Hinterlegungsstelle niedergelegt; die Voraussetzung für die Börsen-Zulassung des Kamerun-Werts entfiel damit.

Verbläßt war damit Wagners Hoffnung, über die im August 1972 beschlossene weitere Kapitalerhöhung von zwei auf 16 Millionen Mark (Ausgabekurs 200 Prozent) an der Börse auf leichte Art 32 Millionen Mark für den Produktionsstart zu ernten.

Sinn für elegante Finanzierung hatte Wagner bereits bewiesen, als er an seinem 29. Geburtstag mit 6000 Mark eigenem und 5000 Mark geliehenem Geld im Juni 1963 die „Wagner Digital Elektronik GmbH“ gründete. Sechs Jahre später verkaufte er seine Jungferngründung mit 250 Beschäftigten und acht Millionen Mark Umsatz an die AEG-Tochter Hartmann & Braun AG. Den Erlös von drei Millionen Mark steckte Wagner wieder in die Computer-Entwicklung.

Weitere Geldhilfe gaben ihm dann rund 1600 vertrauensvolle Bundesbürger in Gestalt von 60 Millionen Mark Kommandit-Kapital für seine fünf Produktionsgesellschaften (Bürocomp, Datacomp, Warocomp, Typocomp, Educomp). Sie erhielten dafür vom promovierten Ingenieur Wagner steuersparende Verlustzuweisungen nach dem Berlin-Hilfe-Gesetz. Wagner heute: „Bis zur Produktionsbereitschaft haben wir jetzt alles hingestellt. Jetzt müssen wir das Ganze mit Leben erfüllen.“

Das lebenspendende Kapital für die Computer-Aktiengesellschaft, die den Wagner-Produktionsgesellschaften zentrale Aufgaben wie Verwaltung, Einkauf und Lagerhaltung abnehmen soll, wollen die Berliner Elektronik-Optimisten trotz Banken-Blockade zusammenscharen. Wagner gibt allerdings zu: „Bei uns dauert das etwas länger als beispielsweise bei Daimler-Benz.“

Damit es nicht allzu lange dauert, lockt Finanzchef Merle, den Wagner sich aus dem Gelsenberg-Konzern nach Berlin geholt hat, mit günstigen Ertragsprognosen: Für 1973 soll es bereits zehn bis zwölf Prozent Dividende geben. Schon 1975 will das Unternehmen mit seinen Klein- und Mittelcomputern 130 Millionen Mark Umsatz erzielen. Verspricht Wagner: „Wir denken in erster Linie an eine Profitgesellschaft.“

Trotz solcher Schmalmeientöne sind sich die Computer-Wagnerianer der Zeichnungslust ihrer Kommanditisten nicht recht sicher. Beharrlich und zäh rangeln sie deshalb auch weiterhin mit Geld-Instituten um Mithilfe bei der Aktienplatzierung über die Börse.

„Wir haben“, so spricht sich Merle Trost zu, „sehr angenehme Bankgespräche.“

PRESSE

Präzise Antwort

Ein Ex-Springer-Manager scheiterte bei dem Versuch, die SPD-eigene „Neue Hannoversche Presse“ zu sanieren — ihm wurde gekündigt.

Über Nacht legte der Verlag der SPD-eigenen Tageszeitung „Neue Hannoversche Presse“ („NHP“) im vorletzten Jahr eine Reihe unrentabler Provinzausgaben still. Mitarbeiter protestierten dagegen, daß „NHP“-Geschäftsführer Peter Krohn die Hiobsbotschaft in einem „zweiminütigen Besuch“ übermittelte.

Wie sie das empfunden haben mögen, erfährt Krohn jetzt selber. Dem Verlags-



Verlagschef Krohn, Krohn-Objekt
„Wie ein Pförtner“

chef wurde von einem Tag auf den anderen gekündigt.

„NHP“-Gesellschafter Hans Striefler, bis Mitte letzten Jahres Geschäftsführer der SPD in Hannover, kam kurz vor Weihnachten ins Pressehaus, druckte ein bißchen herum („Ich habe da noch einen Brief für Sie“) und übergab Krohn das Kündigungsschreiben. „Das war ein Akt von einer Minute“, sagt der Verleger, der sich „wie ein Pförtner“ fühlt und diesen Dienst noch bis Jahresende versehen muß.

Der Akt war überfällig, jedenfalls nach Meinung der hannoverschen Genossen. Zu lange hatte Krohn, der einst bei Springer und später beim Otto-Verband managte, das Medien-Papier der SPD ignoriert — Kernsatz: „Die tägliche Arbeit der Redaktion muß grundsätzlich frei von Einzelanweisungen durch den Verleger bleiben.“

SPD-Mitglied Krohn, nach eigenem Urteil „in die medienpolitische Landschaft der SPD nicht passend“, hatte nicht nur redaktionelle Einzelanweisungen gegeben, sondern sich selbst auch noch zum Chefredakteur ernannt.

Im September vorigen Jahres forderte der hannoversche SPD-Parteitag (mit 114 gegen 110 Stimmen) die sofortige Trennung von dem Zeitungsmanager — ein zumindest seit dem Krieg noch nicht dagewesener Vorgang. Seine Sympathien in Parteikreisen hatte sich Krohn systematisch verscherzt.

Die Parteitags-Delegierten vergrätzte er durch „eine zunehmende Entpolitisierung“ der Zeitung. Die Manager der SPD-Presseholdung „Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft“ („DDV“) verprellte er durch die Schroffheit, mit der er ihnen Kompetenzen und „betriebswirtschaftlich ausreichende Effektivität“ bestritt. Den Gesellschaftern seines Verlages wurde er unbequem, als er sich ständig und — wie sie meinten — ohne Not mit Gremien und Würdenträgern der Partei anlegte.

Und im eigenen Hause dachte Krohn gar nicht daran, wenigstens einen neuen Chefredakteur zu benennen. Im Oktober letzten Jahres schrieben zwei hannoversche SPD-Abteilungen an Parteichef Willy Brandt, der selbsternannte Redaktionschef lege es mit Bedacht darauf an, politische Probleme „hinter einer popig-schwülstigen Fassade von Modenschauen, Hochzeitskutschen und Nonsens-Diskussionen zu verstecken“.

Es waren freilich weniger die regelmäßig auch an das „NHP“-Gesellschaftergremium (Hannoversche Druck- und Verlagsgesellschaft) adressierten Proteste gegen politischen Aderlaß, von denen sich die Altherrenriege um SPD-Schatzmeister Alfréd Nau, 66, irritieren ließ. Den Parteisenioren im Pressewesen wurde erst unheimlich zumute, als Technokrat Krohn ihnen nahelegte, das Unternehmen aus Besitz und Verfügungsgewalt der SPD zu lösen. Sein Argument: Die kränkelnde „NHP“ sei nur zu sanieren, wenn ein neuer Geldgeber gefunden werde.

Dieser Ansicht neigen auch die Nau-Männer zu. Doch anders als sie wollte Krohn ein SPD-fremdes Zeitungsunternehmen bei der „NHP“ einsteigen lassen, und das gleich mit 51 Prozent oder mehr. Gefragt, ob er mit Westdeutschlands größter Regionalzeitung, der „Westdeutschen Allgemeinen“ (Auflage 575 000) in Essen, Kontakt aufgenommen habe, mochte Krohn letzte Woche „dazu nichts sagen“.

Den Genossen Gesellschaftern dagegen wäre eine private Beteiligung „an der Substanz des Unternehmens“ (Nau) ein Grauel. Statt dessen streben sie nach Substanz von Gewerkschaftsunternehmen wie der gewerkschaftseigenen Bank für Gemeinwirtschaft, mit der sie schon verhandelt haben. „Ob noch neue